

Widerstreitende Interessen erschweren internationale Reaktion

Teheran drohen Sanktionen – Chinesen und Russen sind sich nicht einig, ob sie dem Westen folgen sollen – Analyse

VON OLIVER THÄNERT

Berlin – Der Iran wird 2006 im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit stehen. Wie stellen sich die unterschiedlichen Interessenlagen dar?

EU-3 – London, Berlin, Paris:

Alle drei Regierungen haben seit mehr als zwei Jahren versucht, mit dem Iran in der Atomfrage zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Bislang vergeblich. Dennoch haben die Europäer zweierlei erreicht: Zum einen vermochten sie trotz mancher iranischer Spaltungsversuche Einigkeit zu demonstrieren. Zum anderen konnten sie Teheran Zugeständnisse hinsichtlich des Zugangs internationaler Inspektoren zu iranischen Atomanlagen abringen. Auf die zentrale europäische Forderung hat sich der Iran aber nicht eingelassen: auf diejenigen Elemente seines Nuklearprogramms zu verzichten, die leicht zu militärischen Zwecken mißbraucht werden können. Die ausgelegten Köder in Form von stabiler politischer, wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit erschienen Teheran nicht attraktiv genug.

Zuletzt konzentrierten sich die Bemühungen darauf, Rußland noch mehr in den Gesprächsprozess einzubinden. Moskau stellte eine iranische Beteiligung an einem Urananreicherungsprojekt in Aussicht, das jedoch nur auf russischem Boden etabliert würde, so daß dem Iran keine Möglichkeit der militärischen Nutzung offenstände. Ob Teheran sich darauf einlassen wird, erscheint fraglich.

Sollte sich der Verhandlungsweg nicht als gangbar erweisen, stehen

die Europäer bei den USA im Wort, eine Behandlung der Angelegenheit im UN-Sicherheitsrat zu unterstützen. In New York müßte es dann um Sanktionen gehen. Allerdings erscheinen Sanktionsmaßnahmen aus europäischer Sicht wenig attraktiv. Sie könnten einen weiteren Anstieg des Ölpreises zur Folge haben, was die europäischen Ökonomien lähmen könnte.

Washington:

Die USA haben die europäischen Verhandlungsbemühungen eher halbherzig unterstützt. Da Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit aber einen engeren Schlußschluß mit den Verbündeten sucht, hat er ihnen seit seinem Europa-Besuch größere Rückendeckung gegeben. Hatten einige noch im Sommer 2005 die Erwartung gehegt, Amerika könnte mit einem neuen iranischen Präsidenten Rafsandschani, der als Kandidat Washington gegenüber Avancen gemacht hatte, zu einer Annäherung im großen Stil kommen, so haben sich diese Hoffnungen seit der Wahl Ahmadi-Nedschads in Luft aufgelöst. Mit einem iranischen Präsidenten, der den Holocaust leugnet und Juden von Israel nach Europa umsiedeln möchte, können die USA keine Annäherung vollziehen. Dies gilt nicht nur, solange Bush Präsident ist, es würde sich auch dann nicht ändern, sollten die Demokraten ins Weiße Haus einziehen. Washington strebt schon seit längerem eine Behandlung des Falls im UN-Sicherheitsrat an, um somit den Druck auf Teheran zu erhöhen. Ob man sich am Potomac aber großen Hoffnungen

hingibt, den Iran mittels Sanktionen von seinen Atomplänen abzubringen, darf bezweifelt werden. Dennoch wäre ein solcher Beschluß ein wichtiger Schritt, um den Iran zu isolieren, denn genau das versucht Teheran zu vermeiden. Wenig aussichtsreich erscheinen militärische Optionen. Solange der Irak nicht weiter stabilisiert ist, wird sich Bush auf ein solches weiteres Wagnis kaum einlassen

können – zumal der Iran mit Terroranschlägen in den USA selbst reagieren könnte und im November Kongreßwahlen anstehen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Militärschläge für alle Zeit ausgeschlossen bleiben. Schon allein deswegen nicht, weil Israel eine iranische Atomwaffe auf gar keinen Fall akzeptieren könnte. Tel Aviv würde notfalls selbst versuchen, iranische Atomanlagen zu zerstören. Bevor dieser Fall eintritt, wäre es im amerikanischen Interesse, die Sache mit den eigenen, weit besser ausgestatteten Luftstreitkräften selbst zu erledigen.

Moskau:

Rußland hat in diesem Jahr erstmals den prestigeträchtigen G-8-Vorsitz inne. Es wird darauf bedacht sein, in der Iran-Frage nicht zu tiefe Gräben mit den westlichen Partnern aufreißen zu lassen. Daher versucht Moskau, vorsichtigen Druck auf Teheran auszuüben, ohne derzeit aber eine klar erkennbare Linie zu verfolgen. Sollte Rußland seine Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie einstellen oder keine konventionellen Rüstungsgüter mehr liefern, würde dies den Iran hart treffen. Aber die russischen Rüstungs-

unternehmen würden selbst darunter leiden. Daher könnte Moskau für Sanktionen gegenüber dem Iran vom Westen Kompensation verlangen. Zugleich wird im Kreml nach wie vor in geopolitischen Dimensionen gedacht. Einerseits würde eine iranische Atomwaffe russischen Interessen widersprechen. Andererseits bevorzugen einige Kreml-Vordenker weiterhin gute Beziehungen mit Teheran als einzigem Partner Rußlands in der Region des Nahen Ostens.

China:

Peking sieht seinen steigenden Energiebedarf im Vordergrund und möchte seine Ölgeschäfte mit dem Iran nicht gefährdet sehen. Zugleich hat es in den vergangenen Jahren versucht, sich als verlässlicher Partner in der internationalen Nichtverbreitungspolitik zu positionieren. Wie Rußland müßte China sich im Falle einer Diskussion im UN-Sicherheitsrat entscheiden, ob es Sanktionen gegen den Iran mittragen oder eine Konfrontation mit den USA und anderen westlichen Ländern riskieren wollte. Sollte Moskau eine UN-Resolution nicht blockieren, könnte es sich Peking wohl noch nicht leisten, den fahrenden Zug allein aufhalten zu wollen.

Die Situation erscheint derzeit festgefahren. Ein Remis kann es jedoch nicht geben. Denn für alle Beteiligten gilt: Nichtstun ist keine Option.

Der Autor leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik.